

SVP-BEGRENZUNGSINITIATIVE SIEHT LIBERALEN ARBEITSMARKT VOR

Die Gewerkschaften sind die wahren Gewinner der Personenfreizügigkeit!

Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit ist die Ausländerquote in der Schweiz von 20 auf 25 Prozent gestiegen! Ausländer weisen eine doppelt so hohe Arbeitslosigkeit auf wie Schweizer – unqualifizierte Zuwanderer aus der EU verdrängen Inländer in die Arbeitslosigkeit. Branchen mit hoher Zuwanderung haben die höchste Arbeitslosenquote. Vertreter der SVP haben diese Woche an einer Pressekonferenz die Fakten und ein umfassendes Positionspapier der Öffentlichkeit vorgestellt.

SVP. Der liberale Arbeitsmarkt ist traditionell eine der grössten Stärken des Wirtschaftsstandorts Schweiz. Das Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber wurde flexibel und nach individuellen Bedürfnissen unter Vertragsfreiheit geregelt. Entsprechend hatten Gewerkschaften und der Staat, gerade im Unterschied zu europäischen Ländern wie Italien, Frankreich oder Deutschland, einen viel geringeren Einfluss. Mit der Personenfreizügigkeit und den damit verbundenen flankierenden Massnahmen hat sich das fundamental geändert!

Mehr Ausländer und höhere Arbeitslosigkeit bei den Zugewanderten

Bei der Einführung der Personenfreizügigkeit, im Jahr 2002, lag die Ausländerquote bei 20 Prozent, inzwischen liegt sie bereits bei 25 Prozent! Dabei haben Ausländer eine doppelt so hohe Arbeitslosigkeit als Schweizer: 2017 betrug sie bei den Ausländern 5,7 Prozent, bei Schweizern 2,3 Prozent.

Gerade in Branchen, in denen die Zuwanderung am höchsten ist, zeigt sich auch eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit bei Ausländern. So liegt die Arbeitslosigkeit von Ausländern im Gastgewerbe bei hohen 11 Prozent!

Je nach Jahreszeit verzeichnet die Tessiner Hotellerie sogar bis zu 40 Prozent Arbeitslose! Auch auf dem Bau beträgt die Arbeitslosigkeit bei Ausländern knapp 10 Prozent. Im Wallis liegt sie im Jahresschnitt sogar bei bis zu 25 Prozent! Besonders betroffen sind

unqualifizierte Berufe, wo man auf Ausländerquoten von nahezu 100 Prozent trifft. Diese Zahlen zeigen, wie undifferenziert und mit welchen Folgen sich die Personenfreizügigkeit auswirkt.

Flankierende Massnahmen zerstören den liberalen Arbeitsmarkt

Weil die Löhne in der Schweiz viel höher sind als im Ausland, wollte die Politik die Schweiz vor Lohndruck schützen. Die Linken beschlossen Abwehrmassnahmen, die sogenannten Flankierenden Massnahmen. Daraus entwickelte sich ein umfassendes Konstrukt an staatlicher Überwachung, gewerkschaftlichem Machtkartell und die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von sogenannten «Schweizer» Löhnen und Ar-



Die Nationalräte Jean-François Rime, Thomas Aeschi, Magdalena Martullo und ASTAG-Vizepräsident Jean-Daniel Faucherre stellen ihre Forderungen für einen liberalen Arbeitsmarkt vor.

beitsbedingungen. Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit hat sich die Anzahl der Gesamtarbeitsverträge (GAV) fast verdoppelt: Jeder zweite Beschäftigte arbeitet heute unter einem GAV, jeder Dritte unter einer Mindestlohnregelung und jeder Vierte unter einem allgemeinverbindlichen GAV. So wird nicht nur die Vertragsfreiheit zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber ausgehebelt, sondern auch das Stimmvolk, dass sich klar und deutlich gegen Mindestlohn und einheitliche Ferienregelung ausgesprochen hat! Durch die Hintertür der flankierenden Massnahmen werden sie nun trotzdem eingeführt. Lachende Dritte sind die Gewerkschaften, die trotz sinkenden Mitgliederzahlen von nur gerade 15 Prozent die Hälfte der Beschäftigten offiziell vertreten und ihre Forderungen Jahr für Jahr weiter ausbauen. Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind gleichermassen in der Zwickmühle, da ihnen ohne Gesamtarbeitsvertrag ein staatliches Diktat droht. Die Gewerkschaften erzwingen die Vertragspartnerschaft und das Streikrecht auch gerichtlich - Arbeitsstreitigkeiten nehmen laufend zu!

Millionen für Gewerkschaften und Branchenverbände dank GAV

Die GAV sichern den Gewerkschaften aber nicht nur Einfluss und Macht, sondern dienen ihnen auch noch als regelrechte Geldmaschine! Arbeitnehmer und Arbeitgeber werden zu «Solidaritätsbeiträgen» verpflichtet, die in den Kassen der Gewerkschaften und der Branchenverbände landen. Sie erhalten jährlich Millionenbeträge! Im Bau sind das knapp 50 Millionen Schweizer Franken, wovon rund 10 Millionen Franken als «Vollzugsbeiträge für den GAV» direkt an die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände gehen. Die Gewerkschaften sind also die wahren Gewinner. Sie führen allgemeinverbindliche Gesamtarbeitsverträge ein und berei-

chern sich mittels Vollzugsbeiträgen. Als wäre das nicht genug, führen sie gleichzeitig noch diverse Arbeitslosenkassen, womit sie wiederum von jedem Arbeitslosen profitieren! Allein die Arbeitslosenkasse der UNIA weist inzwischen jährlich einen Verwaltungsaufwand von über 50 Millionen Franken aus!

Was ist zu tun?

Die Personenfreizügigkeit muss neu verhandelt und, wenn das nicht möglich ist, abgeschafft werden! Darum hat die SVP auch die Begrenzungsinitiative lanciert. In der Folge müssen die Flankierenden Massnahmen abgeschafft werden und wieder eine eigenständige, differenzierte Steuerung der Zuwanderung unter Berücksichtigung des freien Arbeitsmarktes und der vorhandenen Inländer erfolgen. Des Weiteren dürfen die Quoten für die Allgemeinverbindlichkeit von Gesamtarbeitsverträgen auf keinen Fall gesenkt und ihre Gültigkeit nicht über die Branche hinaus ausgeweitet werden.

Andere Arbeitnehmervertreter (nicht nur die Gewerkschaften, nicht nur die UNIA) müssen zwingend gestärkt werden, sodass die Vormachtstellung der Gewerkschaften als einziger Arbeitnehmervertreter aufgehoben wird. Ausserdem ist die Anwendung des Kartellrechts auch für den Arbeitsmarkt zu prüfen.

Weitere wirtschaftspolitische Kernforderungen der SVP

Weitere wirtschaftspolitische Kernforderungen der SVP sind:

- Einsatz für einen effizienten, schlank ausgestalteten Staat.
- Tiefere Steuern und Abgaben für alle.
- Freihandelsverträge mit möglichst vielen Staaten.
- Abbau von staatlichen Regulierungen.

POLITIK UND BUSINESS

SVP in der Versicherungsbranche und am grössten Think Tank der Schweiz

Am 18. Januar veranstaltete der Schweizer Think Tank avenir suisse mit mittlerweile fünf Versicherungsunternehmen (Swiss Life, Swiss Re, Zurich, AXA und Helvetia) einen sogenannten «Transfer»-Anlass für ihre Mitarbeiter, die in öffentlichen oder politischen Ämtern tätig sind.

pd. Nebst Vorträgen zu wirtschaftlich-politischen Themen und anschliessenden Diskussionspodien bietet der jährliche Anlass auch Gelegenheit, das Beziehungsnetzwerk zwischen den Versicherungen nicht nur auf wirtschaftli-

cher, sondern eben auch auf politischer Ebene zu pflegen. Die diesjährigen Themen waren «Wohnungsmarkt morgen: was muss anders werden?» und «Arbeiten morgen: worauf und wie bereiten wir uns vor?»

Für SVP-Gedankengut einsteigen

Für die SVP brachten sich Nina Fehr Düsel (Zurich), Kantonsrätin Küssnacht, Michael Herrmann (AXA), Mitglied Rechnungsprüfungskommission Oetwil am See, Marcel Balmer (Swiss Life), Gemeinderat Unterengstringen, Renato Jacomet (Zurich), Mitglied Grosser Gemeinderat Adliswil, Timotheus Bruderer (Swiss Life), Vorstandsmitglied SVP Wetzikon, und Markus Binder (Zurich), Mitglied Rechnungsprüfungskommission Urdorf, Präsident SVP Bezirk Dietikon, ein.

Die SVP-Amtsträger spannen auch hier zusammen! Einerseits um unsere Wirtschaftsfreundlichkeit und Erfahrung zu zeigen und einzubringen.

Als Think Tank benötigt avenir suisse andererseits das Gedankengut und die Werte der SVP.

Ohne die Grundwerte von Freiheit, Unabhängigkeit und direkter Demokratie nützt es reichlich wenig, die Zukunft der Schweiz gestalten zu wollen. Für diese Werte stehen wir ein – bei unseren Versicherungen und für die Zukunft der Schweiz!



In der Versicherungsbranche tätig und bei der SVP aktiv: Michael Herrmann, Marcel Balmer, Renato Jacomet, Nina Fehr Düsel, Timotheus Bruderer und Markus Binder.

Gueti Chance für all öisi Chind!



Ja zu einer breit abgestützten Volksschule. zur Mitbestimmungs-Initiative «Lehrplan vors Volk»!

Lesen Sie dazu das neue Positionspapier «Wirtschaftsfreiheit statt Regulierungsflut» zum Werkplatz Schweiz auf www.svp.ch.

JA SRG: Service public ohne Billag-Abzocke!



Deshalb am 4. März:

No Billag JA